

Schulen offen halten: Von diesem Credo rücken immer mehr Menschen ab. Das zeigt eine exklusive Umfrage und verrät, wie wenig die Befragten dem digitalen Unterricht an Deutschlands Schulen zutrauen.

**Von
Niklas Prenzel**

Wenig WLAN, wenig Tablets, wenig Kontakt zu den Lehrkräften während der Schulschließungen: Derartige Klagen sind mittlerweile so selbstverständlich wie der Kreidestaub im Klassenzimmer des letzten Jahrhunderts. Doch sollte sich, zwei Jahre nach Beginn der Pandemie, nicht herumgesprochen haben, dass die Schulen aufgeholt haben? Mittel aus dem Digitalpakt fließen. Allorts sprießen Fortbildungen zu Moodle, Whiteboards oder „Lernen zuhause“. Eine [exklusive Civey-Umfrage](#) im Auftrag von Bildung.Table zeichnet nun hingegen ein düsteres bildungspolitisches Bild: Die Bürger haben geringes Vertrauen in den digitalen Distanzunterricht. **61 Prozent sehen die Schulen unzureichend auf Distanzunterricht vorbereitet.** Lediglich 15 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt.

In NRW sind 120.000 Schüler auf Distanzunterricht angewiesen

Die Umfrage, für die Civey 5.000 Menschen repräsentativ befragte, gibt zudem ein differenziertes Bild zu der Frage: Sollen Schulen unter derzeitigen Inzidenzen offen bleiben? Bisher hatte eine Mehrheit Schulschließungen abgelehnt. **In einigen Bundesländern** (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Berlin und dem Saarland) **spricht sich eine Mehrzahl der Befragten mittlerweile für die Rückkehr zu Distanzunterricht** ab einer Inzidenz von 1.000 aus. Nach Parteipräferenz aufgeschlüsselt zeigt sich, dass **CDU-Wähler am ehesten Schulschließungen begrüßen.** Bildung.Table hatte am Montag über die Ergebnisse in einer [Sonderausgabe](#) berichtet.

„Ich glaube, dass Umfragen kein Gradmesser sind, an dem man sich orientieren sollte bei der schwierigen Entscheidung über Schulschließungen“, sagte **Karin Prien, Präsidentin der Kultusministerkonferenz** und Schleswig-Holsteins Bildungsministerin, gegenüber Bildung.Table. Sie bringt die schulpolitische Maxime der vergangenen Monate auf den Punkt: „**Es ging nie darum, Infektionen ganz zu vermeiden.**“ Die Fallzahlen unter Schülerinnen und Schülern nehmen jedoch derzeit rasant zu. **Die Inzidenz** liegt [deutschlandweit unter 5- bis 14-Jährigen](#) bei über 2.000, **in der Uckermark gar bei 5.800.** In Nordrhein-Westfalen verdoppelten sie sich in der vergangenen Woche. 120.000 der zwei Millionen Schülerinnen und Schüler in Deutschlands größtem Bundesland konnten in der vergangenen Woche wegen der Pandemie nicht am Unterricht teilnehmen – und sind auf Distanzunterricht angewiesen.

Besonders groß ist das Misstrauen in Haushalten mit Kindern

Wenn die Fallzahlen derart steigen, wird es unweigerlich zu mehr digitalem Unterricht kommen. Auf Distanzunterricht sind die Schulen laut der Umfrage jedoch nicht ausreichend vorbereitet. Es ist **ein desaströses Pandemie-Zwischenzeugnis für die deutsche Bildungspolitik.** Besonders groß ist das Misstrauen in Haushalten mit Kindern. Dort erlebte man das Distanzlernen aus der Nähe. Befragte mit akademischer Bildung sehen die Schulen besser vorbereitet (17 Prozent sagen „Ja, auf jeden Fall“ bzw. „Eher ja“). Unter Befragten mit Hauptschul- oder ohne Abschluss sind nur 7 Prozent dieser Meinung.

Misstrauensbeweis: 70 Prozent der Eltern finden, dass die Schulen eher nicht oder auf keinen Fall auf Distanzunterricht vorbereitet sind.

Die Ergebnisse kommen für Experten wenig überraschend. Der **Deutsche Lehrerverband** wirft der Politik vor, ihre Hausaufgaben nicht gemacht zu haben. „Sie hätte spätestens mit der zweiten Welle Vollgas geben müssen, um die Schulen digital auszustatten“, sagt der Vorsitzende **Heinz-Peter Meidinger.** „**In den Ergebnissen der Studie spiegelt sich der Vertrauensverlust in die Politik wider.**“ Sie habe stets beteuert, dass die Schulen sicher sind. Meidinger ist jedoch davon überzeugt, dass die Schulen mittlerweile besser für Distanzunterricht aufgestellt sind, als die Umfrage vermuten lässt. „Ich will nicht sagen, dass das gut laufen wird, aber es wird besser laufen als das letzte Mal.“

Elternrat: Die digitale Ausstattung reicht nicht für Distanzunterricht

„Es ist unverantwortlich, dass in den vergangenen Jahren und erst recht im jüngsten halben Jahr nicht mehr unternommen wurde, um sichereren Unterricht zu gewährleisten“, sagt **Anja Bensinger-Stolze, die im Vorstand der GEW** für den Bereich Schule verantwortlich ist. Zu groß seien nach wie vor die Unterschiede zwischen den Schulen: Auf der einen Seite die digitalen Vorreiterschulen, die sich bereits vor der Pandemie auf den Weg gemacht haben und besser aus der Distanz unterrichten können; auf der anderen solche Schulen, die sich unter Pandemiebedingungen neu aufstellen mussten – ohne ausreichende Unterstützung von Politik und Verwaltung zu bekommen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen seien die **eher schlechten Werte in der Umfrage zum Distanzunterricht nachvollziehbar**.

Auch **Christiane Gotte, Vorsitzende des Bundeselternrats**, sieht eines der Hauptprobleme in der schlechten digitalen Ausstattung der Schulen. „Die Schulträger seien jetzt in der Pflicht“, sagt sie. Denn die gesetzgebende Politik stelle umfangreiche Mittel zur Verfügung und setze damit einen Rahmen für die Digitalisierung. „Die Ausstattung kommt aber zu langsam in den Schulen an. **Es darf kein ausführlicher Medienentwicklungsplan vorgelegt werden müssen, um an ein paar Tablets zu kommen**.“ Gotte fordert, so lange wie möglich an der Präsenzpflcht festzuhalten. Die Entscheidung über Anwesenheit im Präsenzunterricht den Eltern zu überlassen, sieht sie kritisch. „Das könnte die Bildungsungleichheit, die die Pandemie befördert, noch mehr verschärfen.“

Berlin wechselt in halb und halb: ein bisschen Distanzunterricht, ein bisschen Präsenz

Diesen Weg schlägt **Berlin** dieser Tage ein und vollzieht damit als erstes Bundesland die **Kehrtwende in der Schulpolitik unter Omikron-Bedingungen**. Die **Landesregierung setzte die Präsenzpflcht ab Dienstag aus**. Eltern sollen bis Ende Februar selbst entscheiden, ob sie ihre Kinder zu Hause unterrichten lassen oder nicht. Die Verantwortung für den Gesundheitsschutz und das Recht auf Bildung delegiert die Politik damit an die Eltern.

Das internationale [Stiftsgymnasium in Magdeburg](#) geht inzwischen einen pragmatischen Mittelweg. **Da 10 Prozent der Schüler per PCR positiv**

getestet sind, werden die Klassen ganz offiziell hybrid unterrichtet. Ein Teil der Klasse sitzt im Stiftsgymnasium – die abwesenden Schüler werden per Videokonferenz dazu geschaltet. In diesem Format, berichtet Schulleiter Mike Keune, seien sogar gesplittete Referate möglich. Drei Schüler tragen im Klassenzimmer vor, einer referiert aus dem Bildschirm heraus.

Selbst Prüfungen schreiben Schüler in Magdeburg zu Hause und in der Schule – mit einer Neuerung für die Schüler in der Schule. Damit sie die gleichen Chancen haben wie diejenigen im Homeschooling sind alle Materialien erlaubt: Internet, Mitschriften und Schulbücher. Und das Problem mit dem Datenschutz? Der erlaubt es Eltern nämlich nicht, von zu Hause ins Klassenzimmer zu schauen. Die Schule bittet die Eltern, während der Schulstunden ihres Kindes nicht im selben Zimmer zu sein. Das ist eine pragmatische Lösung – die nötig ist, weil die Kultusminister **keine einheitliche und klare Haltung für das ganze Land finden**.